

Danziger Zeitung.

№ 9104.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint wöchentlich 12 Mal. — Bestellungen werden in der Expedition (Kettnerhägergasse No. 4) und auswärts bei allen Kaiserlichen Postanstalten angenommen. Preis pro Quartal 4 R. 50 S. — Auswärts 5 R. — Inserate, pro Petit-Zeile 20 S., nehmen an: in Berlin: S. Albrecht, A. Kretzschmar u. A. H. Hoffe; in Leipzig: Eugen Fort und S. Engler; in Hamburg: Hansen und Vogler; in Frankfurt a. M.: S. A. Dausse und die Jäger'sche Buchh.; in Hannover: Carl Schäfer.

1875.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Berlin, 5. Mai. Das Abgeordnetenhaus beendigte in seiner gestrigen Abend Sitzung die zweite Beratung des Gesetzesentwurfs über die Erhaltung der Schutzwaldungen und die Bildung von Waldgenossenschaften im Wesentlichen nach den Beschlüssen der Commission. Anknüpfend § 36 (Verleihung der Rechte juristischer Personen) wurde ein Antrag Parisius genehmigt, nach welchem die Waldgenossenschaft Rechte erwerben, Verbindlichkeiten eingehen, Grundstücke als Eigentum erwerben, vor Gericht klagen und verklagt werden kann. Als § 36a wurde der Antrag Parisius, betreffend die Haftpflicht der Waldgenossenschaften, genehmigt.

Göttingen, 5. Mai. Der Reichstagsabgeordnete Professor Gwald *) ist gestern gestorben.

Graz, 5. Mai. Der Statthalter hat alle Studentenvereine aufgelöst, soweit sie nicht humanitäre oder wissenschaftliche Zwecke verfolgen.

Rom, 5. Mai. In der gestrigen Sitzung der Deputiertenkammer beantwortete der Cultusminister die Interpellation Mancini's, betreffend das Verhalten der Regierung gegenüber dem Clerus. Der Minister wies die gemachten Vorwürfe als unbegründet zurück; das Garantiegesetz sei den italienischen Verhältnissen angepasst und bewähre sich glänzend. Der Minister erwähnte, daß er die Versöhnung mit der Curie für unmöglich halte, und betonte, die Regierung verfolge eine gemäßigte und gerechte Politik, welche geeignet sei, Konflikte zu verhindern. Mancini, mit der Antwort nicht befriedigt, beantragte eine Aufforderung an das Ministerium, die nationale Würde und die Rechte des Staates zu wahren und Maßregeln zur Regelung der Kirchengüterfrage auf der Basis der Freiheit des niederen Clerus und der Theilnahme der Laien an Kirchengeschäften zu treffen.

*) Heinrich E., geb. am 16. Novbr. 1803, wurde 1827 Professor der orientalischen Sprachen in seiner Vaterstadt Göttingen, 1837 als einer der Göttinger Sieben wegen seines Protestes gegen die Aufhebung des Staatsgrundgesetzes von König G. v. August von Hannover abgesetzt. 1838 Prof. in Tübingen und lehrte 1848, als Ernst August das Urtheil gegen die sieben Professoren zurückgenommen hatte, nach Göttingen zurück. Nach dem Kriege von 1866 wurde er eifriger weltlicher Parteilarist, verlor, weil er der preussischen Regierung den Eid verweigerte, zunächst seine Stellung in Facultät und Senat und dann wegen seiner Schrift: „Vob des Königs und des Volkes“ sein Lehramt. Im Reichstag war er Vertreter der Stadt Hannover und bekanntlich der eifrigste, wenn nicht der geschickteste Feind der neuen Ordnung der Dinge.

Telegr. Nachrichten der Danziger Zeitung.

Bern, 4. Mai. Das Interventionsgesuch der Freiburger Regierung, die hiesige katholische Kirche den römischen Katholiken wieder einzuräumen, ist von der Regierung des Kantons Bern zurückgewiesen worden.

London, 4. Mai. Fast alle Abendblätter besprechen die gestrige Interpellation des Grafen Russell über die deutsch-belgische Angelegenheit und erklären sich gegen jegliche Intervention, da der ganze Conflict eines für den europäischen Frieden bedrohlichen Charakters durchaus entbehre.

Abgeordnetenhaus.

60. Sitzung vom 4. Mai.

Dem Abg. Lasker wird zur vollständigen Wiederherstellung seiner Gesundheit ein sechsmonatlicher Urlaub ertheilt. — Das Haus wählt an Stelle des verstorbenen Abg. Born zum Mitglied der Centralcommission für Regelung der Grundsteuer durch Declaration den Abg. Mohr.

Zweite Lesung des Gesetzesentwurfs betr. die Erhaltung und Begründung von Schutzwaldungen, so wie die Bildung von Waldgenossenschaften. — Der Gesetzesentwurf ist in der Commission beibehalten und ihm folgende Ueberschrift gegeben: Gesetzesentwurf, betr. Schutzwaldungen und Waldgenossenschaften. § 1: Die Benutzung und Bewirtschaftung von Waldgrundstücken unterliegt nur denjenigen landespolizeilichen Beschränkungen, welche durch das gegenwärtige Gesetz vorgeschrieben oder zugelassen sind. Die über die Bewirtschaftung, Benutzung und Bewirtschaftung der Staats-, Gemeinde-, Corporations-, Genossenschafts- und Institutensforsten, sowie der schleswig-holsteinischen fogenannten Vordenhölzungen bestehenden besonderen Vorschriften bleiben jedoch in Kraft. Parisius beantragt folgenden Zusatz zu geben: „denjenigen, welche die Bewirtschaftung der Gemeinden in der Bewirtschaftung ihrer Forsten betreffen, nur bis zum 1. Januar 1878.“ — Der Antragsteller zieht jedoch dieses Amendement zurück und behält sich vor, seinen Zweck durch eine Resolution weiter zu verfolgen.

§ 2 handelt von den Schutzmaßregeln zur Abwendung von Gefahren, als da sind Verlandung künstlicher oder natürlicher Wasserläufe, Ueberfluthung mit Erde oder Steingeröll, Verminderung des Wasserlaufes u. a. m.; in allen diesen Fällen kann sowohl die Art der Benutzung der gefährlichen Grundstücke als auch die Ausführung von Waldculturen oder sonstigen Schutzmaßregeln angeordnet werden, wenn der abzuwendende Schaden den aus der Einschränkung für den Eigentümer entstehenden Nachtheil beträchtlich überwiegt. — Parisius beantragt diese Beschränkungen nur dann eintreten zu lassen, wenn ein öffentliches Interesse vorliegt. — Abg. Pfaffert glaubt, daß der § 2 zu tief in die Rechte des Privateigentümers eingreife. Seine Fassung lasse auch nicht klar genug erkennen, daß es sich in Wahrheit lediglich um Beschränkungen des Privateigentums aus Gründen des öffentlichen Wohles handle. — Abg. Benning:

Um den Erlaß der notwendigen Bestimmungen zur Erhaltung des Waldbestandes zu ermöglichen, muß man entweder ein allgemeines Prinzip aufsuchen, welches die Fälle, in denen eine Beschränkung der freien Verfügung eintreten soll, erkennbar macht, oder diese Fälle im Einzelnen bezeichnen. Regierung wie Commission haben den letzteren Weg gewählt, weil der erstere in Folge der nicht zu vermeidenden allgemeinen Ausdrücke zu Unklarheit führt. Der § 2 ist daher nach den Beschlüssen der Commission anzunehmen. — Abg. Parisius vertheidigt sein Amendement; wenn es sich um ein öffentliches Interesse handelt, ist es auch nöthig, dies klar im Gesetze auszudrücken, damit das Verwaltungsgericht bei jeder Entscheidung in dieser Richtung sich äußern und nicht etwa in die Lage komme, die beschränkenden Schutzmaßregeln auch im Privateigentum vorzunehmen. — Minister Friedenthal: Der erste Redner hat Recht, daß man zweifelhaft sein könne, ob dieses Gesetz weittragende Wirkungen in der Richtung der Erhaltung des Waldbestandes haben wird. Daraus folgt aber nicht, daß man dem Gesetze die Zustimmung nicht geben könne, weil es zu weit in das Recht des Privateigentums eingreife, sondern daß, wenn dieser erste Schritt zur Erhaltung des Waldes im öffentlichen Interesse nicht zum Ziele führt, weitere Schritte werden gehen werden müssen, die mehr in das Privateigentum eingreifen. Wenn die Regierung beantragt hätte, den ganzen Waldbestand zu untersuchen, um festzustellen, wo das öffentliche Interesse in höherem oder geringerem Maße vorwiegt, um ihn in einer gewissen Ausdehnung unter staatliche Aufsicht zu stellen, würde sie bei Ihnen Gegenstand der Zustimmung haben? Würde nicht gerade von Seiten der näheren Freunde des Redners eine außerordentliche Stärkung der Machtvollkommenheit des Staates in der Erstreckung solcher Aufsichtsbefugnisse über einen großen Theil des Privateigentums gefunden worden sein? Der Gedanke des Antrages Parisius ist ein vollkommen richtiger, läßt sich aber in eine gesetzgeberische Form nicht bringen; er ist ein gesetzgeberisches Motiv. Gerade deshalb, weil die früheren Vorlagen nur allgemeine Ausdrücke enthielten, als „öffentliches Interesse“, „Landesculturinteresse“ u. s. w., sind sie scheitert. Der Gesetzgeber hat die Aufgabe, die einzelnen Fälle bestimmt in dem Gesetze niederzulegen, welche als Richtschnur für die Entscheidung des Verwaltungsgerichtes dienen sollen. — Abg. Schlieper hält die Bestimmung des § 2, betreffend Gefahr einer Verminderung des Wasserlaufes der Flüsse durch Verfüllung der Waldbestände, für notwendig. In den südlichen und westlichen Insubtrien der Westfalen's und den angrenzenden Kreisen der Rheinprovinz, wo die Gebirgsgebäude einer sehr großen Masse kleinerer und mittlerer Fabriken als Bewegungskraft dienen, sei es längst erwiesene Thatsache, daß die Befähigung des Wasserlaufes allenthalben da abnehme, wo die Waldungen des Quell- und Flußgebietes pflücht und rücksichtslos abgetrieben, daß dagegen diese Befähigung sich nicht allein erhalte, sondern augenscheinlich verbessere da, wo die Holzbestände im Besitze von Gemeinden oder wirtschaftlich wohlunterrichteten größerer Besitzer rationell bewirtschaftet würden. — § 2 wird unverändert angenommen.

Nach § 3 kann der Antrag auf Erlaß von Schutzmaßregeln gestellt werden von jedem gefährdeten Interessenten, von Communalverbänden oder der Art, für alle in ihrem Bezirke vorkommenden Fälle und von der Landespolizeibehörde. — § 4 bestimmt, daß die Eigentümer der gefährdeten Grundstücke sich den in diesem Gesetze vorgeschriebenen Beschränkungen unterwerfen müssen, doch können sie voll. Entschädigung verlangen und außerdem verlangen, daß ihnen die Befreiung der Schutzanlagen auf eigene Kosten überlassen werde. — Die §§ 3 und 4 werden angenommen, ebenso § 5 und 6, die Bestimmungen enthalten über die Kosten der Befreiung und Unterhaltung der angeordneten Schutzanlagen sowie über die nach § 4 zu leistende Entschädigung. § 6 der Regierungsvorlage wird nach dem Beschlusse der Commission geändert.

§ 7: Die Entscheidung darüber, ob und welche Maßregeln in jedem einzelnen Falle anzuordnen sind, wie die Entscheidung über Entschädigung und Kosten (§ 5) erfolgt durch den Kreisoberrat, in den Hohenollern'schen Landeskreisen durch den Amtsanwalt des Kreis- beziehungsweise Amtsausschusses. In Fällen die Bezugsnahme: Waldschutzgericht. Auf das Verfahren vor dem Waldschutzgerichte, auf die Berufung gegen die Entscheidung desselben und auf das Verfahren in den Berufungsinstanzen finden die gesetzlichen Vorschriften, betreffend die Verfassung der Verwaltungsgerichte und das Verwaltungsverfahren, Anwendung. Es treten jedoch für das Verfahren vor dem Waldschutzgerichte folgende besondere Bestimmungen in Kraft. Ein Amendement der Abg. Parisius an Gen. v. W. die Beschränkung des obersten Abg. Parisius motiviert diesen Antrag. — Abg. Benning: Es handelt sich hier nicht um eine privatrechtliche, sondern um eine öffentliche Frage. Wenn darin über die Hauptsache, über die zu ergreifenden Maßregeln, die Verwaltungsgerichte entscheiden, dann müssen sie notwendig auch über die Folgen, die Kosten und die Entschädigung zu bestimmen haben. — Abg. Thiel schließt sich den Ausführungen des Vorredners unter Hinweis darauf an, daß der aus dem Vertrauen der Interessenten hervorgegangene Kreisoberrat auf denselben Prinzip beruhe, wie die Geschworenengerichte. — Abg. Hanel geht von dem Grundsatz aus, daß das Gesetz nur in den dringenden Fällen von den Grundfällen des allgemeinen Gesetzes abweichen sollen. Nun gewährt das Entschädigungsgesetz gegen die vorläufige Feststellung der Entschädigung durch das Verwaltungsgericht ausdrücklich den Rechtsweg an die ordentlichen Gerichte. Deshalb muß hier, wo es sich um eine Entschädigung handelt, der Grundsatze zur Geltung kommen. — Minister Friedenthal: Der Standpunkt des Abg. Hanel ist vollständig correct, hier liegen aber besondere Gründe für eine Specialbestimmung vor. Es handelt sich hier um eine complicirte Auseinandersetzung zwischen einer zahlreichen Reihe von Interessenten, aus der man nicht einzelne Punkte herausheben und zum Gegenstand der Entscheidung anderer Behörden machen kann, die gar keinen Einfluß auf die Feststellung der anderen Punkte haben. Man müßte die Gesamtheit aller Fälle vor das ordentliche Gericht bringen. Dann müßte aber das Verfahren so willkürlich, daß kaum jemand ge-

nügt wäre, den Weg eines solchen Gesetzes zu beschreiten. Ähnlich wie in diesem Gesetz ist das Verfahren in dem Vorstufengesetz von 1815 geordnet, das in ganzen Lande sich der größten Billigung erfreut. Abg. Graf Bethusy-Sac: Durch Annahme des Antrages Parisius würden die ordentlichen Gerichte in die Lage kommen, über Dinge zu entscheiden, welche sie weder verstehen können noch sollen und nur unter Zuziehung von Sachverständigen entscheiden können. — Ref. Bernhardt hält die Anwendung des Entschädigungsgesetzes hier für unzulässig, da es sich nicht um einen Uebergang des Eigentums von einem Rechtsobjekt auf ein anderes, sondern nur um eine Dispositionsbefugnis handelt. Man schlägt bisher ein neues Verfahren ein, als daß man ein unpractisches Gesetz macht. Wer formell über die Entscheidung entscheidet, ist gleichgültig, das Urtheil wird immer auf Grund eines sachverständigen Urtheils gesprochen werden. — § 7 wird nach den Beschlüssen der Commission angenommen.

§ 8 wird mit Amendements Stader und v. Söper in folgender Fassung angenommen: „Der Antrag auf Abwendung einer Gefährdung im Sinne des § 2 ist bei dem Waldschutzgericht desjenigen Bezirks (Kreis, Kreisverbandes in Hohenzollern) zu machen, in welchem das gefährdete Grundstück gelegen ist. Wenn dieses Grundstück in zwei oder mehreren Bezirken derselben Provinz liegt, so wird das zuständige Waldschutzgericht durch das Provinzialverwaltungsgericht, — wenn in mehreren Provinzen, durch das Oberverwaltungsgericht bestimmt. Geht der Antrag von dem Bezirk selbst aus, oder ist er gegen diesen gerichtet, so bestimmt das Verwaltungsgericht das zuständige Waldschutzgericht.“

Die §§ 9–15 enthalten die Vorschriften über das Verfahren beim Waldschutzgericht, welches in freitragenden Fällen die Thatfachen an Ort und Stelle durch einen Commissar untersuchen lassen soll. In § 16, welcher von der mündlichen Verhandlung beim Waldschutzgericht handelt, beantragt Hanel den Satz: „die Verhandlung und die Verhandlung der Entscheidung erfolgen in öffentlicher Sitzung“ als einen überflüssigen und nach den bestehenden Gesetzen selbstverständlichen zu streichen. Das Haus streicht diese Worte und nimmt den Paragraphen im Uebrigen an. — In § 16a, der die Befreiungspflicht der Eigentümer gegenüber der gefährdeten Grundstücke zu den Kosten der Schutzanlagen den öffentlichen, gemeinen Lasten gleichstellt, wird auf Antrag der Abg. Windthorst (Bielefeld) und Parisius der letzte Satz in folgender Fassung angenommen: „Die dem Eigentümer des gefährdeten Grundstücks auferlegte Beschränkung und die dem Eigentümer der gefährdeten Grundstücke und der gefährdeten Grundstücke auferlegte Befreiungspflicht ist unter Hinweis auf die näheren Bestimmungen des Regulativs im Grundbuche einzutragen. Die Eintragung erfolgt auf Antrag des Vorstehenden des Waldschutzgerichts.“ Die folgenden §§ bis 21 werden unverändert genehmigt.

Die §§ 22–38a enthalten die Vorschriften über die Bildung von Waldgenossenschaften, die von der Commission erheblich abgeändert sind. Abg. Parisius beantragt diese Paragraphen abzulehnen und dafür folgende Resolution anzunehmen: „Die Staatsregierung aufzufordern, dem Landtage den Entwurf eines besonderen Gesetzes über freie und Zwangs-Waldgenossenschaften vorzulegen, durch welchen den Waldgenossenschaften die den Handelsgesellschaften und Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften zugehörigen Rechte einer selbstständigen Persönlichkeit unter gewissen Normativbestimmungen gewährt werden und gleichzeitig die Befreiung der Waldgenossen und ihrer Grundstücke für die Verbindlichkeiten der Waldgenossenschaft geregelt wird.“ Für den Fall, daß die Paragraphen nicht abgelehnt werden sollten, beantragt der Parisius zu den einzelnen Paragraphen 17 Amendements. — Abg. Parisius: Ich halte diesen Theil des Gesetzes, welcher von der Bildung von Waldgenossenschaften handelt, noch nicht für reif zur Annahme, insofern auch nicht reif zur Verabreichung, als der Bericht der Commission sich erst seit Sonntag in unseren Händen befindet. Die §§ 22–38 passen in den Rahmen dieses Gesetzes gar nicht hinein, da es sich in denselben nicht, wie im ersten Theile des Gesetzes, um ein öffentliches Interesse handelt. Wenn man eine neue Kategorie von Genossenschaften schafft, darf man in den Bestimmungen über dieselben nicht weiter gehen, als unbedingt nöthig ist. Auch ist es mindestens zweifelhaft, in ein Gesetz, welches eine neue Form der Genossenschaften constituirte, gewisse Normativbestimmungen gleich aufzunehmen; ein in dieser Richtung statuirter Zwang gewährt den einzelnen Interessenten die Sicherheit, daß sie nicht in eine für sie gänzlich unübersehbare Vereinigung hineingeführt würden. Es fehlt im ganzen Entwurf jede Bestimmung darüber, inwiefern die einzelnen Waldgenossen in den verschiedenen Arten von Waldgenossenschaften für Verbindlichkeiten der Genossenschaft mit ihrem Grundstücke und mit ihrer Person haften sollen. Eine solche Bestimmung ist aber um so notwendiger, als ohne dieselbe die Frage nach der Haft in den verschiedenen Rechtsgebieten, sehr schwer und nicht unter Anschluß bedenklicher juristischer Controversen zu beantworten ist. — Abg. Benning bittet um Annahme des ganzen Theils des Gesetzes, welcher von der Bildung der Waldgenossenschaften handelt, obwohl derselbe allerdings allen Anforderungen nicht entspreche. Nachdem man Erfahrungen gesammelt und durch dieselben auf verschiedene Uebelstände aufmerksam geworden sein würde, könne man ja in einem besonderen Gesetze diese Materie endgültig und in erschöpfender Weise regeln.

Abg. v. Wendt reißt den Ausführungen des Abg. Parisius bei und erachtet es im öffentlichen Interesse nicht für nöthig, gegen den Willen einzelner Waldbesitzer Zwangs-Waldgenossenschaften einzuführen. — Minister Friedenthal: Beschränkungen der Freiheit, die ja an sich widerwärtig sind, müssen in den Kauf genommen werden, wenn dadurch größere Uebel für das gemeine Wohl vermieden werden können. Der Theil des Gesetzes, welcher von den Waldgenossenschaften handelt, ist allerdings nicht das Vollkommene, was über diese Materie festgesetzt werden kann. Wir müssen aber diesen ersten Schritt thun, um einen praktischen Versuch mit der Waldgenossenschaft zu machen. Bei denselben handelt es sich um Zwangs-Waldgenossenschaften, gebildet unter wesentlicher Concurrenz der Behörden im öffentlichen Interesse und

im Anschluß an das Grundeigenthum. Deshalb liegt kein Bedürfnis vor, im Gesetze nähere Normativbestimmungen für die Statuten der Waldgenossenschaft, insbesondere für ihre innere Organisation und für die Vertretung nach außen zu geben. Will man dem praktischen Bedürfnis nach allen Seiten hin genügen, so empfiehlt es sich in jedem einzelnen Falle prüfen zu lassen, ob nach dem Zweck, dem Umfang und der Organisation der Genossenschaft es angezeigt sei, derselben die Rechte einer juristischen Person beizulegen. Die Theilnahme dieser Rechte wird gewiß nicht verweigert werden, wenn dadurch die Interessen der Genossenschaft wesentlich gefördert und durch das Statut die erforderlichen Garantien gegeben werden. Ich bitte Sie, den §§ 22 bis 38 zuzustimmen. Auf Grund der gemachten Erfahrungen können wir ja später etwaige Uebelstände in einem besonderen Gesetze beseitigen. — Ref. Bernhardt: Man hat sich hier die Frage vorzulegen, ob man die Waldgenossenschaften heute so, wie sie das Gesetz will, constituiren will, oder ob man damit noch so lange warten will, bis in dieser Beziehung das erreichbar Beste auch erreicht werden kann. Die Commission konnte sich für die letztere Eventualität nicht entscheiden, weil sie nicht aus Optimisten, sondern aus praktischen Männern bestand, die sich sagen mußten, daß die Frage in zwei bis drei Jahren nicht mehr reif sein würde, als heute. — § 22 wird unter Ablehnung des Antrages Parisius angenommen. (Dagegen Centrum, Polen und der größere Theil der Fortschrittspartei.) — Auch die §§ 22a bis 31 werden unverändert genehmigt, worauf sich das Haus bis Abends 8 Uhr vertagt, wo die Verhandlung über das Waldschutzgesetz zu Ende geführt werden soll.

Danzig, den 5. Mai.

Wie sich jetzt schon übersehen läßt, wird das Abgeordnetenhaus mit seinen Arbeiten schneller zu Ende kommen, als das Herrenhaus ihm zu folgen vermag. Wie man uns berichtet, wird das Abgeordnetenhaus darum außer den Pfingstferien vor dem Schluß der Session nochmals eine vierzehntägige Pause machen, während welcher das Herrenhaus die wichtigsten Gegenstände zum Abschluß bringen kann.

Der Referent der Commission für die Begeordnung, der Abg. Bisselind-Marienburg, hat, wie man uns meldet, seinen Bericht bereits beendet. Derselbe kommt heute in der Commission zur Verlesung, seine Veröffentlichung ist noch im Laufe dieser Woche zu erwarten. Ueber die in der 2. Lesung getroffenen wichtigsten Änderungen berichtet wir bereits gestern. Die Plenarberatung kann erst nach Pfingsten erfolgen, und das Herrenhaus diesen Gegenstand wahrscheinlich auch einer eingehenden Beratung unterziehen wird, fürchtet man, daß bei dem Gedränge, das gegen Schluß der Session einzutreten pflegt, die Begeordnung nicht mehr zu Stande kommen wird.

Der Gesetzesentwurf wegen Ankaufs der Pommer'schen Centralbahn und der Berliner Nordbahn wird wahrscheinlich noch in dieser Woche zur ersten Verabreichung kommen und dann an eine Commission verwiesen werden. Daß in vorliegendem Falle kein anderer Ausweg bleibt, als der staatliche Ankauf, wird allseitig anerkannt; doch ist man mit der Fassung der Vorlage sehr wenig zufrieden. Man findet namentlich in den Preisveranschlagungen eine große Unklarheit und Unvollkommenheit und hält es für höchst anstößig, daß im § 1 der Kaufpreis durch Maximalsummen angegeben wird, mit der stillschweigenden Voraussetzung, daß die Regierung an denselben nach Möglichkeit abhandeln werde. Es wird Sache der Commission sein, diesen Ausstellungen gerecht zu werden.

Das Klostergesetz macht den Eindruck einer sehr radicalen Maßregel; bei näherer Untersuchung zeigt sich jedoch, daß der Wirklichkeit derselben durch die vorbereitende Schläue der Jesuiten und ihrer Genossen von vornherein erhebliche Hindernisse in den Weg gelegt sind. In früherer Zeit galt es für ein selbstverständliches Attribut eines Klosters, daß dasselbe mit Corporationsrechten ausgestattet sei. Seitdem jedoch Art. 13 der Verfassung bestimmte, daß die geistlichen Gesellschaften, welche keine Corporationsrechte haben, diese Rechte nur durch besondere Gesetze erlangen können, verletzte man sich auf allerlei Umgehungen. Entweder man gab vor, daß die zu gründende Niederlassung nur eine Zweigniederlassung sei, das Vermögen derselben also nicht ihr, sondern der Hauptniederlassung gehöre, oder man übertrug das Vermögen der Niederlassung auf einzelne Personen. In Folge dessen wird man sich denn das Vermögen der aufgelösten Niederlassungen, welches nach § 4 der Klostergesetzvorlage der Verwaltung des Staates unterworfen werden soll, nicht sehr groß vorzustellen haben. Aber noch eine andere ungleich bedeutendere Folge ergiebt sich aus jenem Verhältnis. Wenn nach Auflösung einer Niederlassung es sich herausstellt, daß das betreffende Ordenshaus Eigentum einer Privatperson ist und die bisherigen Ordensmitglieder dieser Niederlassung als „Privatpersonen“ in diesem „Privathause“ wohnen bleiben, so ist damit die Wirklichkeit des Gesetzes nahezu vollständig lahm gelegt. Denn die rechtlich aufgelöste Niederlassung besteht factisch fort und der preussische Staat hat kein Mittel, dies zu hindern. Der einzige Ausweg würde darin bestehen, daß die Mitglieder der aufgelösten Orden an bestimmten Orten internirt würden; die Gesetzgebung über Freizügigkeit, Heimaths- und Niederlassungs-Verhältnisse u. s. w. liegt

aber außerhalb der Kompetenz des Einzelstaates. Es ist also klar, daß man sich an die Hilfe des Reichs wenden muß. Am einfachsten und wirksamsten würde dieselbe sein, wenn das Odenwesen in entsprechender Weise, wie der in Rede stehende preussische Entwurf es beabsichtigt, für das ganze Reich geregelt würde. Es ist jedoch sehr zweifelhaft, ob im Bundesrathe die genügende Majorität für ein derartiges legislatives Vorgehen zu erlangen wäre; namentlich mag es unfruchtbar erscheinen, ob nach den bevorstehenden Wahlen in Bayern die Zustimmung der dortigen Regierung erwartet werden könnte. Auf jeden Fall aber wird auf dem Wege der Reichsgesetzgebung die Möglichkeit zur Einschränkung der Freizügigkeit der Mitglieder aufgelöster Orden und Congregationen erworben werden müssen.

Ueber den Inhalt der in der gestrigen Sitzung der belgischen Deputirtenkammer vom Minister des Auswärtigen, Grafen d'Alpremont-Lynden, vorgelesenen neuesten belgischen Antwortnote auf die deutsche Note vom 15. April berichtete uns schon heute früh der Telegraph; jetzt liegt uns eine noch ausführlichere telegraphische Analyse vor. Nach derselben befragt die Antwort zunächst, „der deutsche Reichskanzler habe sein Bedauern darüber ausgedrückt, daß die belgische Regierung die in der deutschen Note vom 3. Februar enthaltenen Verlangen abgelehnt habe. Der unterzeichnete Minister des Auswärtigen glaube darauf hinweisen zu müssen, daß diese Annahme über den Wortlaut seiner ersten Antwort hinausgehe. Die belgische Regierung habe erklärt, daß, wenn die Mächte das gemeine Strafrecht in der Weise abändern würden, daß die unbestimmte verbrecherische Absicht zu einem einfachen Delict erhoben werde, eine Prüfung dieser Materie des Strafrechts einzutreten haben und dann wahrscheinlich erfolgen würde. In der Angelegenheit Ducheigne werde ein Instructioverfahren sofort eingeleitet werden, daselbe sei aber noch nicht beendet. Das Cabinet von Berlin halte an dem allgemeinen Gesichtspunkte fest und laße die belgische Regierung ein, zu unteruchen, wie jeder Staat in der Praxis der Verpflichtung nachkommen müsse, die ihm obliege, um seine Unterthanen von Störung des inneren Friedens der Nachbarstaaten und von der Erschütterung bestehender guter internationaler Beziehungen abzuhalten. Diese Frage gehe nicht bloß Belgien, sondern alle Staaten an, welche es sich zur Pflicht machen, über den allgemeinen Frieden zu wachen. Der deutsche Reichskanzler wolle, da auch die deutsche Gesetzgebung in dieser Beziehung eine Lücke biete, die deutschen Reichsbehörden zur Vorbereitung einer neuen Gesetzesvorlage auffordern und laße die belgische Regierung ein, diesem Beispiele zu folgen; sobald die belgische Regierung von den in Deutschland und anderwärts zur Herbeiführung dieser Gesetzesänderungen getroffenen Verfügungen unterrichtet sein werde, werde dieselbe bestrebt sein, dieselben sowohl in ihren Beziehungen zu den Sitten und Traditionen Belgiens, wie auch mit Rücksicht auf die durch die Verfassung gewährleisteten Freiheiten zu prüfen. Die belgische Regierung werde in diese Prüfung mit dem aufrichtigen Wunsche eintreten, daß die guten internationalen Beziehungen aufrecht erhalten würden. Belgien sei fest entschlossen, seine Verpflichtungen als neutraler Staat in freundschaftlichem Sinne und in der Ausübung zu erfüllen, welche neutralen Staaten durch das Völkerrecht vorgeschrieben werde. Die belgische Regierung habe niemals an den guten Absichten geweifelt, von denen sich das Cabinet von Berlin bei den Mittheilungen habe leiten lassen, welche den übrigen Garantemächten gemacht worden seien; der unterzeichnete Minister des Auswärtigen würde, was ihn anbelange, nicht das Organ der Gefinnungen seines Landes sein, wenn er nicht wiederholt den hohen Werth betont hätte, den Belgien auf Unterhaltung der besten Beziehung zu Deutschland zu legen niemals aufgegeben habe und seinen Entschluß, alles zu thun, was in seinen Kräften stehe, um diese Beziehungen aufrecht zu erhalten.“

Das sind Redensarten nach Art der alten Diplomatie; die clericalen Fische bemühen sich in möglichst freundlichen Worten möglichst wenige Zugeständnisse zu machen. Doch geht aus der Analyse hervor, daß das belgische Cabinet von dem hohen Pferde, das es in der vorigen Note betrat, bereits herabgestiegen ist. Es sucht auch nicht neue Verdrüssigkeiten vorzubringen. „Belgien, unabhängig und neutral“, so hieß es damals, um glauben zu machen, daß Deutschland des Landes Unabhängigkeit und Neutralität anzutasten suche. Diese Haltung der Note hat in militärischen Kreisen Belgiens keinen Anklang gefunden. „La Belgique Militaire“, das in dem Lande am meisten gelesene militärische Blatt, ist der Ansicht, daß solch und bestimmt gehaltenen Antwortnoten die schöne Seite zwar nicht abzuschreiben sei, glaubt aber gleichwohl, daß deren wirklicher Werth durch den, leider fehlenden, Rückhalt an einer stark organisierten Armee wesentlich an Bedeutung gewinnen würde. Der Hang, sich unter dem Vorgeben, die Religion zu verteidigen, in die Angelegenheiten der Nachbarstaaten einzumischen, wird auf das lebhafteste getadelt, und daran die Mahnung geknüpft, sich der eigenen Schwäche bewußt zu bleiben und vorsichtig jede gefährdende Ausdehnung in Sprache und Kritik zu vermeiden, so lange man entschlossen sei, nichts Entschlossenes für eine wirksame Landesverteidigung zu thun. Das Blatt erinnert an die am 30. August 1870 als am Vorabend der Schlacht von Sedan erlassenen Armeebefehle, in welchen die deutschen Truppenführer angewiesen wurden, dem auf belgisches Gebiet etwa übertretenden Feinde ohne Weiteres dorthin zu folgen, falls dessen Entwarnung nicht sofort belgischerseits bewirkt werde. Es hebt hervor, daß das Bekanntwerden jener Armeebefehle einen lebhaften Eindruck auf die öffentliche Meinung in Belgien gemacht habe und knüpft daran die Frage, ob Angesichts dieser klaren, jedes Mißverständniß ausschließenden und dem Völkerrechte durchaus entsprechenden Weisungen der deutschen Heerführer vernünftiger Weise die Behauptung aufrecht erhalten werden könne, daß Belgien keiner stark organisierten Armee bedürfe, die Garantie-Verträge vielmehr zur Sicherstellung der Neutralität und Unabhängigkeit des Landes ausreichen. Im Besonderen wird vor der trügerischen Zuversicht auf

englische Hilfe gewarnt. Die Hoffnung auf englische Unterstützung dürfe die unbefangene Einsicht nicht trüben, daß England, trotz aller Sympathien für die belgische Nation, diese letztere sich selbst, das heißt ihrer eigenen Schwäche, überlassen werde, falls die praktische Bethätigung der freundschaftlichen Gefinnungen, für Belgien mit den specifisch englischen Interessen in Streit gerathen sollte.

Solche unbefangene Stimmen auf jener Seite sind unter den gegenwärtigen Umständen erfreulich; besser noch wäre es freilich, die Sache wäre gar nicht so weit gediehen, daß wir nach solchen Stimmen suchen müssen. Der Rückzug, den die belgische Regierung in ihrer neuesten Note antritt, schließt nicht aus, daß das vorgegebene Bestreben, die Gesetzgebung mit dem Völkerrecht in Einklang zu bringen, auch wenig mehr als die Maßnahme eines Rückzuges von der anderen Seite ist. Ernstliche Besorgnisse für die nächste Zukunft sind nunmehr beseitigt, man ist rund um uns ängstlicher als je bemüht, Alles zu vermeiden, was den Leiter der deutschen Politik reizen könnte, aber das Mißtrauen ist erwacht und der Glaube an die Stetigkeit der friedlichen Richtung unserer auswärtigen Politik theilweise geschwunden, was jene scheinbaren Vortheile mehr als aufwiegt.

Die italienische Regierung wehrt sich dagegen, die kirchliche Frage ernstlich in Angriff zu nehmen; sie schwört noch auf die von Cavour aufgestellte aber nur für den damaligen Stand der Dinge berechnete Phrase „der freien Kirche im freien Staate“ und meint, die bisherige Gesetzgebung habe sich bisher ganz prächtig bewährt, denn sie habe ernstliche Konflikte vermieden. Dies geschah aber nur deshalb, weil die Regierung die Umgestaltung der Gesetze auf alle mögliche Weise überließ. Man schließt die Augen vor der drohenden Gefahr und tröstet sich damit, daß der Italiener die Religion mehr äußerlich auffasse und von der Politik schärfer unterscheidet als der Deutsche. Das ist bis jetzt zum großen Theile richtig, aber der Ultramontanismus hat auch dort schon eng seine Netze gesponnen und sich mit Erfolg bemüht, die Gleichgültigkeit zum Fanatismus umzugestalten. Bis- und andere Vereine, die katholische Presse, besondere Andachten, Processionen, Exercitien und der ganze übrige jesuitische Apparat haben die Sache in der Provinz schon sehr geändert, Piemont, des liberalen Piemont, ist schon ganz in den Händen der Clericalen, Turin voran, und auch im ganzen Lande erblickt man ähnliche Resultate. Noch ist der Ultramontanismus die Beherrschung an den politischen Wahlen verboten, das Verbot wird aber zu rechter Zeit aufgehoben werden, und man wird sich dann über die Resultate wundern. Der Kampf wird um so schwerer werden, je länger dem Feinde Zeit zur Recrutierung und Mobilmachung gelassen wird.

Deutschland.

A Berlin, 4. Mai. Gestern hat hier im Reichskanzleramt das Enquete-Verfahren bezüglich der gesetzlichen Regelung des Schutzes der Erzeugnisse der Kunst zc. gegen Nachahmung begonnen. Es ist dazu der Ausschuss des Bundesrathes für Handel und Verkehr zusammengetreten, verstärkt durch einige höhere Beamte, von denen der Geh. Hofrath Professor Dammbach insofern besonders in Betracht kommt, als derselbe der Verfasser des vom ehemaligen Norddeutschen Bundes erlassenen Gesetzes über den Schutz des geistigen Urheberrechtes ist. Die gedachte Enquete hat sich auf den Schutz der Kunst gegenüber den Nachbildungen durch die Industrie und in zweiter Reihe auf den Schutz der Erzeugnisse der Industrie gegen Nachahmung, in diesem Sinne also auf den Markenschutz auszuwirken. Es werden einige vierzig Sachverständige vernommen, welche in mehrere Gruppen eingetheilt sind. Den Vorsitz in der Commission führt der Geheimrath Jacoby aus dem preussischen Handelsministerium, die Dauer der Verhandlungen wird von dem Ausfall der Vernehmungen abhängen. Das Resultat der Erhebungen wird dann zu einer gesetzlichen Regelung der Materie führen. Diefelbe wird sich übrigens an die bezüglich der Arbeiten des Norddeutschen Bundes aus dem Jahre 1870 anlehnen. — Die Arbeiten der Reichs-Commission zur Aufstellung eines Planes über Aufnahme einer Gewerbe-Statistik, womit in diesem Jahre zum ersten Male vorgegangen werden soll, schreiten bei den überaus großen Schwierigkeiten, denen das Unternehmen begegnet, nur sehr langsam vorwärts. Man hatte ursprünglich geglaubt, in einer Woche die Aufgabe lösen zu können, es wird aber kaum die doppelte Frist ausreichen. Der frühere Plan war bekanntlich dem Bundesrathe zu complicirt allem Anschein nach wird aber aus den jetzigen Verhandlungen kaum ein viel einfacheres hervorgehen. Die dahin gerichteten Anträge der Verwaltungsbeamten, welche der Commission angehören, sind von deren Majorität bauernd abgelehnt worden. — Die Justizcommission des Reichstages hat heute beschlossen, ihre Protocolle von 8 zu 8 Tagen für die Mitglieder veröffentlicht zu lassen, ein Beschluß, der von vielen Seiten lebhaft willkommen geheißen wurde. — Das Centrum geht damit um, wegen der Beschlagnahme von Geschäftsbüchern der „Germania“ und der „Frankfurter Zeitung“ eine Interpellation einzubringen. Die Fraction hat eine Subcommission eingesetzt, welche beauftragt ist, das Nähere darüber festzustellen und zur Beschlußfassung vorzubereiten. — Das Herrenhaus wird am Freitag zu einer Sitzung zusammenzutreten und sich zunächst über die geschäftliche Behandlung der Gesetze über Verwaltung des katholischen Gemeindefürsorgevermögens und die Aufhebung der §§ 15, 16 und 18 der Verfassung schlüssig machen. Von den übrigen Gegenständen der Tagesordnung ist nur das Viehsteuergesetz von Wichtigkeit, auf dessen Zustandekommen die Regierung besonderen Werth legt und welches auch im Abgeordnetenhaus noch zu sehr eingehenden Debatten führen wird. Von der Förderung der Arbeiten des Herrenhauses hängt die Sessionsdauer ab.

In dem Armin-Prozess, mit dessen Verhandlung in zweiter Instanz bekanntlich die zweite Criminal-Abtheilung des Kammergerichts betraut ist, ist zum Referenten der Kammergerichtsrath Mebis bestellt. Der Audienz-Termin kann frühestens in der zweiten Hälfte des Juni c. an-

beraumt werden. Der Ober-Staats-Anwaltschaft wird durch den Ober-Staats-Anwalt v. Lud vertritt werden, während für gewöhnlich der Staats-anwalt Großschuff bei dieser Abtheilung fungirt. Vermuthlich wird der Graf nicht in Person zum Termin erscheinen.

Ein Bankier u. s. w., bei welchem Werthpapiere als Pfand deponirt werden, mit der ausdrücklichen Erklärung des Pfandgebers, daß er auf Rückgabe der selben Papiere nicht rechnen macht, nach einem Erkenntnis des Ober-Tribunals vom 9. April cr., durch eine eigenmächtige Verfügung über die deponirten Effecten nur dann der Unterschlagung schuldig, wenn er dadurch den Zahlenbestand derselben verändert. — Der Gutsherr W. deponirte als Pfand bei einem hiesigen Bankverein eine Anzahl von Actien mit der Erklärung, daß er auf Rückgabe derselben Papiere (d. h. derjenigen Nummern, welche die deponirten Actien an sich trugen) nicht rechnen. Der Director des Bankvereins gab einige Zeit hierauf eigenmächtig seinem Personal den Auftrag, die Papiere zu verkaufen, ohne eine gleich große Anzahl von den Actien derselben Gesellschaft im Besitz zu haben, welche er sofort an die Stelle der bisher deponirten Papiere für den Pfandgeber deponiren konnte. Wegen Unterschlagung angeklagt, wurde der Director des in Rede stehenden Bankvereins in den beiden ersten Instanzen verurtheilt. Der Einwand des Angeklagten, daß der Gutsherr W. selbst erklärt habe, er könne auf Rückgabe derselben Papiere nicht rechnen, ist bedeutungslos, da eine solche Erklärung des W. nur dahin verstanden werden könnte, daß der Zahlenbestand der deponirten Papiere nicht verändert werden dürfe. Damit jederzeit ihre prompte Rückgabe erfolgen könne. Die gegen dieses Erkenntnis vom Angeklagten eingelegte Nichtigkeitsbeschwerde wurde vom Ober-Tribunal zurückgewiesen.

Das Deutsche Reich hat für die Ausgrabungen in Olympia (Griechenland) 80,000 Thlr. bewilligt, wovon 30,000 Thlr. zur Anlage von Baustellen verwendet werden sollen. (Im Feuilleton der gestrigen Morgenzeitung war unrichtig Markt gedruckt.)

Von dem k. Provinzial-Schulcollegium der Provinz Brandenburg ist am Sonnabend gegen den Gymnasiallehrer Rohleder zu Friedberg N.-M. auf Amtsentsetzung erkannt, weil derselbe bei Gelegenheit einer Vereinigung als Geschworener die Erklärung abgegeben hatte, daß nach seiner Ueberzeugung es keine Einwirkung eines persönlichen Gottes auf menschliche Handlungen gebe, die Formel „so wahr mir Gott helfe“ für ihn also nur insofern Bedeutung habe, als das Gesetz sie vorschreibe, ferner in Bezug auf diesen Vorgang einen Brief im „Neumarkt. Wochenblatt“ zu Landsberg a. d. W. veröffentlicht hatte. — So geschah im Jahr 5 des neuen deutschen Reichs und im Jahre 3 des „Culturkampfes!“ Wenn übrigens alle Gymnasiallehrer, welche nicht an einen „persönlichen Gott“ glauben, dies, wie ihr Colleague Rohleder, auch öffentlich aussprechen wollten, dann würde — wenigstens wenn das Brandenburgische Provinzial-Schulcollegium zu entscheiden hätte — wahrscheinlich die Hälfte der preussischen Gymnasien wegen des entstehenden Lehrermangels geschlossen werden.

Am Himmelfahrtstage wird im Zoologischen Garten ein parlamentarisches Diner stattfinden, an dem sich Mitglieder aller Parteien des Abgeordnetenhauses, und zwar mit ihren Damen theilnehmen werden. Außerdem findet am nächsten Freitag im Englischen Hause das diesjährige Fraktions-Diner der Fortschrittspartei statt.

In der letzten Woche haben an der hiesigen Börse wieder bedeutende Goldankäufe namentlich für belgische Rechnung stattgefunden. Für 20 Markstücke wurde ein Aufgeld von 4 pro Mille bezahlt. Da Napoleons von 16,34 auf 16,38 gestiegen, russische Imperiales dagegen unverändert geblieben sind, läßt sich erkennen, daß Frankreich einen fortwährenden Goldbedarf hat. Man glaubt daher, daß der Export nach Belgien für französische Rechnung geschieht, wie es auch bei der großen Goldspeculation vor etwa zwei Jahren der Fall war.

Wie verlautet, steht die Berufung des Bundesraths zum 10. Mai bevor.

Posen. Dem Decan Kessler, welcher am Sonnabend seine Dittung über den Empfang des ihm als Decan aus der Regierung-Hauptkasse zustehenden Zuschusses einbrachte, wurde die Auszahlung der betreffenden Summe verweigert. Außerdem soll dem Decan auch vom Tage seiner Verhaftung an das Gehalt als Religionslehrer am Friedrich-Wilhelms-Gymnasium einbehalten worden sein.

Darmstadt, 4. Mai. Der Kaiser von Rußland wird gutem Vernehmen nach am 11. oder 12. Juni d. J. zu einem etwa vierzehntägigen Aufenthalte in Jugenheim eintreffen.

Dresden, 4. Mai. Nach einer dem „Dr. Z.“ aus Prag zugegangenen Meldung hat in der Angelegenheit betreffend die Verlassenschaft des verstorbenen Kurfürsten von Hessen das kaiserliche Hofmarischallamt entschieden, daß die Silberkammer im Werthe von 3 Millionen, weil dieselbe zum Fideicommissvermögen gehöre, an Preußen, das allein erbberichtigt sei, auszuliefern sei.

Strasburg, 1. Mai. Die Rheinkanonen-boote „Rhein“ und „Mosel“ haben uns seit Mittwoch Morgen wieder verlassen und sind ohne ferneren Aufenthalt rheinabwärts gegangen. Während ihres 14-tägigen Aufenthaltes unmittelbar vor dem hiesigen Fischerthor drängte sich die Bevölkerung, auch die einheimische, in Schaaren zur Besichtigung der Fahrzeuge. Erregte Urtheile irgend welcher Art gaben sich dabei in keiner Weise kund. Im gewöhnlichen, im Alltagsumgange, herrscht, wie ich nur stets wiederholen kann, hier überhaupt der denkbar friedlichste und harmloseste Verkehr und kleinliche Redereien aus politischen Gründen gehören zu den seltensten Erscheinungen. Unter dieser glatten Oberfläche lagert freilich noch immer ein gutes Stück des alten Groblos.

Aus Metz meldet man, daß die Vorbereitungen zu dem im Mai 1876 daselbst abzuhaltenden großen landwirthschaftlichen Feste für den ganzen Bezirk Deutsch-Lothringen in gutem Gange sind.

Schweiz.

Die Regierungen der schweizerischen Cantone Aargau, Graubünden, Luzern, Schwyz, Solothurn, St. Gallen, Thurgau, Zug und Zürich haben, wie

die „Frauendörfer Bl.“ mittheilen, ein Concordat behufs Ausführung einheitlicher Maßregeln gegen die Raifäher beschlossen.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 3. Mai. Die rumänische Handels-Convention figirt 7½ pCt. Werthzolltarif für österreichische Industrieprodukte und zollfreie Einfuhr für österreichisch-ungarische Weine, die kein Accisezuschlag rumänischer Städte, Bureaux ausgenommen, treffen darf. Oesterreichische Unterthanen, auch Juden, erhalten die Berechtigung zur Erwerbung von Grundeigenthum in Rumänien. Rumänisches Getreide wird zollfrei bis 10 Meilen von der Grenze in Ungarn zugelassen.

4. Mai. Die „Presse“ meldet, daß sich ein Delegirter der österreichisch-ungarischen Regierung in der nächsten Zeit nach Italien begeben werde, um über den Abschluß eines Handelsvertrages zwischen den beiden Staaten Unterhandlungen einzuleiten. Die letzten Vereinbarungen sollen dann in Wien getroffen werden. — Am Mittwoch werden hier unter Theilnahme ungarischer Vertreter die in Petersburg begonnenen Verhandlungen der österreichisch-russischen Zollconferenz, welche die Erleichterung des gegenseitigen Verkehrs, die Vermehrung der Zollämter und die Vereinfachung der Zollmanipulationen zum Gegenstande haben, wieder begonnen und zum Abschluß geführt werden.

Best, 3. Mai. Sitzung des Unterhauses. In der Debatte des Budgets forderte der Baron Sennay die Regierung auf, ihr Programm bezüglich aller augenblicklich obschwebenden Fragen vorzulegen, damit die Wähler bei den bevorstehenden Wahlen genügend orientirt wären. Der Finanzminister Szell beantwortete in längerer, beifällig aufgenommener Rede die kritischen Ausführungen Sennay's und hob besonders hervor, daß bereits in Staatshaushalte bedeutende Ersparungen gemacht worden seien. Der Minister bemerkte sodann, daß, wenn zu Anfang des nächsten Jahres sich vielleicht ein Kassendeficit ergeben sollte, ein solches keineswegs gleichbedeutend mit einem unbedeckten Deficit des ganzen Jahres sein würde, da dasselbe mit Cassenoperationen leicht zu decken wäre. Der Minister wies ferner nach, daß das erste Quartal des laufenden Jahres keineswegs einen Ausfall, sondern im Gegentheil factische Mehreinnahmen gegen die gleiche Zeit des Vorjahres aufzuweisen habe. Diese Mehreinnahmen würden außerdem durch die neuen Steuergesetze noch eine Steigerung erfahren. Der Minister erklärte endlich, daß die Regierung bei der Einbringung des Budgets im neuen Reichstage ihr Programm entwickeln werde. Im gegenwärtigen Augenblicke die Darlegung desselben zu verlangen, sei unbillig. — Die äußerste Linke beantragte darauf, den Budgetgesetzentwurf abzulehnen. Morgen rüht die Generaldebatte fortgesetzt werden. (W. Z.)

Frankreich.

Paris, 1. Mai. Heute wurde dem großen Publicum die Gemälde-Ausstellung eröffnet. Der Zubrang war sehr stark. Die Aufmerksamkeit der Menge wurde am meisten durch zwei Bilder in Anspruch genommen, von welchen das eine den Marschall Mac Mahon und das andere den Deputirten und fanatischen Royalisten de Carayon-Latour (derselbe gehört bekanntlich keiner alten Familie an, sondern stammt von einem gewissen Carayon ab, der beim Ausbruch der Revolution von 1789 Laßtträger in Bordeaux war) darstellt. Das Bild von Mac Mahon, welches im Ehrensalon aufgestellt wurde, führt im Katalog den Titel: „En avant“, als ob der Präsident der Republik Anspruch auf den Titel eines „Marschalls Vorwärts“ mache, und erregt großes Aufsehen. Der Marschall sitzt mit gezoogenem Säbel und äußerst grimmiger Miene auf einem schwarzen sich wild bäumenden Rosse; seine Adjutanten sind dicht hinter ihm, Bomben zerplatzen auf allen Seiten und der Boden ist mit Leichen bedeckt. Sein „En avant“ scheint der Marschall gerade ausgestoßen zu haben und eben im Begriff zu stehen, sich auf den Feind zu stürzen. Vom Feind ist jedoch nichts zu sehen, aber jeder Beschauer glaubt, daß es die Preussens sind, und daß nicht die Vergangenheit, denn der Marschall stieß den Deutschen gegenüber nie ein „En avant“ aus, sondern die Zukunft gemeint ist. Viele Beschauer hörte man heute in der Ausstellung fragen: „Will der Marschall andeuten, daß er uns die „Revanche“ verschaffen wird?“ Carayon-Latour wird als Sieger über die Preussens dargestellt, und die Menge hängt mit bewundernden Blicken an ihm. Auch Carayon-Latour sitzt hoch zu Ross und sprengt mit seiner Truppe den deutschen Helmen nach, die im Hintergrund verschwinden. Auf welche Episode das Bild anspielt, weiß ich nicht. Carayon-Latour ist bekanntlich einer der von Gambetta ernannten provisorischen Generale. Die Mac Mahon'sche Hinweisung auf die Zukunft und der Carayon-Latour'sche Ruhm aus der Vergangenheit nahmen heute alle Besucher sehr in Anspruch.

Dem „Echo Universel“ zufolge, hat der Prinz Napoleon alle donapartistischen Deputirten zu sich eingeladen, da er ihnen eine wichtige Mittheilung zu machen habe. Es handelt sich darum, denselben darzuthun, welchen Nachtheil die Politik Rouher's, welcher Hand in Hand mit den Clericalen gehen wolle, der kaiserlichen Sache bringen müsse. Rouher, der von der Sache Kenntnis erhielt, bot Alles auf, um seine donapartistischen Kollegen zu bestimmen, sich nicht zum Bringen zu begeben und, wie es heißt, hatte er auch Erfolg, da fast Niemand der Einladung nachkam.

Der Minister des Innern hat die zweite Vorlesung von Camille Flammarion über den Ballon „Zenith“ verboten. Die Gründe sind in der Verordnung nicht angegeben; doch soll Flammarion in seinem ersten wissenschaftlichen Vortrage Dinge gesagt haben, die den Clericalen nicht gefielen.

Die Hoffnungen, welche die Liberalen Protestanten Frankreichs seit dem 25. Februar hegten, fangen an, einer nichternen Auffassung Platz zu machen. Noch hat der Staatsrath die ihm vorgelegte Frage, ob, wie die betroffenen Conscriptoren behaupten, die von dem letzten Culturminister von Sumont erlassenen Annullirungs-decrete Formfehler enthalten, nicht entschieden, und es ist geklärt, von dieser Seite das Beste zu hoffen. Dagegen meldet die „Renaissance“ als „letzte Nachricht“, die, wenn sie sich bestätigt, einen äußerst bedenklichen Character hätte, daß neulich das Consistorium von Nîmes nach

Stehen eine Zeit

Beilage zu No. 9104 der Danziger Zeitung.

Danzig, 5. Mai 1875.

Vermischtes.

Am 29. April ist in Wien der Notar Dr. Rapp gestorben, einst Mitglied des Frankfurter Parlaments, in welchem er dem linken Centrum und speciell der Fraktion des Württemberger Hofes angehörte.

Ein alter Herr, der neulich in Charlestown, Massachusetts, Vereinigte Staaten, starb, hat eine jährliche Rente von 500 Dollars zum Ankauf von Theaterbilletts für arme achthabende Leute in Boston hinterlassen.

Paris, 2. Mai. Heute Morgen um 10 1/2 Uhr ging der Ballon Ville de Caes mit Wilfried de Jonville und Dunoof sowie Mariotti einem der Correspondenten der „Times“ von der Gasfabrik zu Belleville ab. Die Luftschiffer wollen Experimente machen, werden aber die hohen gefährlichen Regionen zu vermeiden suchen.

Anmeldungen beim Danziger Standesamt.

Am 4. Mai.

Geburten: Schuhmachermeister Moritz Julius Krefski, T. — Schmiedegesell Aug. Theob. Wukmann, S. — Tischlergefell Friedr. Schwarz, T. — Arbeiter Carl Julius Sauer, S. — Schuhmachergesell Julius Nicolai, T. — Arbeiter Brede, S. — Hauszimmermann Carl Andr. Gläd, T. — Schlossermeister Carl Aug. Witzel, T. — Malwine Garmeght, S. — Gärtner Ludwig Ptaschke, T. — Former Adam Daniel, S.

Aufgebote: Arb. Ferd. Lipp mit Marie Florentine Brod. — Kaufm. Georg Walter Robert Wendt mit Betty Laura Hälschmann. — Fabrikarb. Gotth. Duedel mit Johanna Friederike Schug.

Vertrauen: Gutshof. Carl Ed. Ludw. Wolchow in Worsak, Kr. Pr. Eylan mit Henriette Wast. Hof. Siebenfreund. — Buchhalter Emil Julius Klein mit Margarethe Franziska Schnabel.

Eheschließungen: S. d. Binnenloosen Adolf Andr. Lande, 7 W. — T. d. Schankwirth Heinrich Kwaschinski, 1 J. 5 W. — Eleonore Bertha Math. Sauer geb. Mann, 63 J. 6 W. — S. d. Arbeiter Friedr. Pameleli, 7 W. — Schuhmacher Martin Laszkowski, 26 J. — T. d. Privatsecretär Ludwig Beull, 1 J. 5 W. — Carlolin Renate Densio geb. Garmann, 78 J. — Knecht Franz Aug. Heron, 45 J. — S. d. Amalie Kowaleki, 3 J. — Schreiber Joh. Gottl. Bollmann, 68 J. 10 W. — Füllner Aug. Edmund Lohle, 25 J. — Photograph Friedr. Bibb. Lau, 46 J. — T. und S. d. Schuhmacher Aug. Böhmke (Kwili), 1 J. 9 W. — S. d. Kaufmann Carl Fischer, 4 W.

Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung

Hamburg, 4. Mai. [Productenmarkt.] Weizen loco fest, auf Termine flau. — Roggen loco fest, auf Termine flau. — Weizen für Mai 126 1/2, 1000 Kilo 191 Br., 190 Gd., für Juni-Juli 126 1/2, 191 Br., 90 Gd., für Juni-Juli 126 1/2, 191 Br., 190 Gd., für Juli-August 126 1/2, 191 Br., 190 Gd., für Sept.-October 126 1/2, 194 Br., 198 Gd. — Roggen für Mai 1000 Kilo 161 Br., 160 Gd., für

Mai-Juni 157 Br., 156 Gd., für Juni-Juli 153 1/2 Br., 152 1/2 Gd., für Juli-August 153 1/2 Br., 152 1/2 Gd., für September-October 154 1/2 Br., 153 1/2 Gd. — Hafer für Mai 57, für October 200 1/2, 59 1/2 — Spiritus matt, für 100 Liter 100 1/2 für Mai 42 1/2, für Juni-Juli 42 1/2, für Juli-August 44, für August-Sept. 45 — Kaffee fest, Umsatz 3000 Sack. — Petroleum geschäftlos, Standard white loco 12 50 Br., 12 40 Gd., für Mai 11 50 Gd., für August-Dezbr. 12 00 Gd. — Wetter: Gewitterst.

Bremen, 4. Mai. Petroleum. (Schlussbericht.) Standard white loco 11 1/2 25 S. Rubia. — Amsterdam, 4. Mai. [Getreidemarkt.] (Schlussbericht.) Weizen für Mai 264, für Novbr. 278. — Roggen für Mai 188 1/2. — Wetter: Schön.

London, 4. Mai. [Schluss-Course.] Consols 94 1/2. 5% Italienische Rente 71 1/2. Lombarden 12 1/2. 5% Russen de 1871 101 1/2. 5% Russen de 1872 101. Silber 57. Türkische Anleihe de 1865 43 1/2. 6% Türken de 1869 54 1/2. 6% Vereinigt. Staaten für 1882 102 1/2. 6% Vereinigt. Staaten 5% fundirt 102 1/2. Oesterreichische Silberrente 68. Oesterreichische Papierrente 62 1/2. 6% ungarische Schatzbonds 94. 6% ungarische Schatzbonds 2. Emission — In die Bank flossen heute 48,000 Pfund.

Steel. Spanien 21 1/2. — Wechselnotierungen: Berlin 20,80. Hamburg 5. Monat 20,80. Frankfurt a. M. 20,80. Wien 11,40. Paris 25,47. Petersburg 33 1/2.

Liverpool, 4. Mai. [Baumwolle.] (Schlussbericht.) Umsatz 8000 Ballen, davon für Speculation und Export 1000 Ballen. — Middling Orleans 8 1/2, middling amerikanische 7 1/2. fair Dholerab 5 1/2, middl. fair Dholerab 4 1/2, good middl. Dholerab 4 1/2, middl. Dholerab 4 1/2, fair Bengal 4 1/2, fair Broad 5 1/2, new fair Domra 5 1/2, good fair Domra 5 1/2, fair Madas 5, fair Bernam 8 1/2, fair Surmura 6 1/2, fair Egypten 9. — Matt Verschiffungen williger.

Paris, 4. Mai. (Schluss-Course.) 3% Rente 64,05. Anleihe de 1872 102,25. Italienische 5% Rente 71,60. Italienische Tabak-Actien — Franzosen 666 25. Lombardische Eisenbahn-Actien 317,50. Lombardische Prioritäten 257,00. Türken de 1865 43,87 1/2. Türken de 1869 28 1/2. Türken-Anleihe 124,25. — Credit mobiler stark weichend 315. Spanien 21 1/2. do. infér. 18 1/2. Schluss sehr matt.

Paris, 4. Mai. Productenmarkt. Weizen ruhig, für Mai 24 50, für Juni 25 00, für Juli-August 25 50, für September-Dezember 26 25. Wehl behauptet, für Mai 53 75, für Juni 54 00, für Juli-August 55 00, für September-Dezember 56 25. Rüböl matt, für Mai 77 00, für Juni 77 75, für Juli-August 79 00, für Sept.-Dezember 81 75. Spiritus weichend, für Mai 53 50, für Juni-August 54 50.

Petersburg, 4. Mai. (Schluss-course.) Londoner Wechsel 3 Monat 33 1/2. Hamburger Wechsel 3 Monat 284 1/2. Amsterdamer Wechsel 3 Monat 162. Pariser Wechsel 3 Monat 347 1/2. 1864er Brämien-Anl. (gepfl.) 205. 1866er Bräm.-Anl. (gepfl.) 198. 1/2 Imperial 5,94. Große russische Eisenbahn 158 1/2. Russische Bodencredit-Pfandbriefe 105. — Pro-

ductenmarkt. Lais loco 51,00, für August 48,50. Weizen für Mai 10,25. Roggen für Mai 6,75. Hafer loco —, für Mai 4,90. Hafer loco —. Leinsaat (9 Bund) für Mai 12,50. — Eingang.

Antwerpen, 4. Mai. [Getreidemarkt.] (Schlussbericht.) Weizen matt, dänischer 25 1/2. Roggen fest, französischer 21 1/2. Hafer unverändert, schweblicher 23 1/2. Gerste stetig. — Petroleummarkt. (Schlussbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 28 1/2 bez. und Br., für Mai 27 1/2 bez., 27 1/2 Br., für Juni 27 1/2 Br., für September 29 1/2 Br., für Sept.-Dezbr. 30 Br. — Steigend.

Newyork 3. Mai. (Schluss-course.) Wechsel auf London in Gold 40 88 C., Goldagio 15 1/2. Bonds für 1885 119 1/2, do. 5% fundirt 115 1/2, do. Bonds für 1877 123 1/2, Eriebahn 30 1/2. Central-Pacific 103. Newyork Centralbahn 105. Nächste Notierung des Goldagio 15 1/2, niedrigste 15. Waarenbericht. Baumwolle in Newyork 16 1/2, do. in New Orleans 15 1/2, Petroleum in Newyork 18 1/2, do. in Philadelphia 13 1/2. Mehl 5 D. 25 C. Rother Frühjahrweizen 1 D. 99 C, Weiss (old mixed) 94 C. Ruder Hafer refining Muscovados 8 1/2, Kaffee Rio 17 1/2, Schmalz Marke Wilcox 15 1/2 C. Spec short clear 24 C. Getreidefracht 6 1/2.

Productenmärkte.

Königsberg, 4. Mai. (v. Portatus & Grothe.) Weizen für 1000 Kilo hochbunter 126 1/2 bez. 167, russ. 124 1/2, 171,75, 130 1/2, 179 1/2 bez., rother russ. 129/30 1/2, 174 1/2 bez., — Roggen für 1000 Kilo inländischer 124 1/2, 145, 125 1/2, 146 25, 125/6 1/2, 145, 127/3 1/2, 146,25, 129/30 1/2, 143,75 bez., fremder 112 1/2, 135, 126 1/2, 146 25, Mai-Juni 118 1/2, 132,50, 133, 135, 120 1/2, 137,50, Juni-Juli 118 1/2, 133 1/2 bez., Frühjahr 143,75 bez., Mai-Juni 140 1/2 bez. — Gerste für 1000 Kilo grobe 131,50 1/2 bez., — Hafer für 1000 Kilo loco 156, 160, russ. 158, 162 1/2 bez., — Erbsen für 1000 Kilo weiße 164,50 bez., — Spiritus für 10.000 Liter ohne Faß in Posten von mindestens 5000 Liter und darüber loco 53 1/2 Br., 51 1/2 1/2 Gd., 52, kurze Lieferung 52 1/2 bez., Frühjahr 53 1/2 Br., 52 1/2 Gd., Mai-Juni 53 1/2 Br., 52 1/2 Gd., Juni 55 1/2 Br., 54 1/2 Gd., Juli 57 1/2 Br., 56 1/2 Gd., 57 1/2 bez., August 19 1/2 Br., 58 1/2 Gd., September 60 1/2 Br., 59 1/2 Gd.

Stettin, 4. Mai. Weizen für Frühjahr 192,00 für Juni-Juli 193,00 für September-October 194,00. Roggen für Frühjahr 156,50 für Juni-Juli 151,00 für September-October 150,00. — Rüböl 100 Kilogr. für Mai 51,00 für September-October 54,50. — Spiritus loco 50,00 für Frühjahr 52,00, für Juni-Juli 53,50 1/2, — Wintererbsen behauptet, für 20 0 Gd. für Mai 264 1/2 bez., für Septbr.-Dezbr. 271 1/2 bez., — Petroleum loco 12 bis 12,15 bez., — Regulirungspreis 12 1/2, für September-October 12 1/2 bez. und Br., 11,90 1/2 Gd. — Schmalz, Mac Karlane, Kleinigkeiten 66 1/2 bez., — Spec short clear 63,50 1/2 tr. bez.

Breslau, 4. Mai. Kleesamen rother sehr angeboten, für 50 Kilogr. 48 bis 52—55 1/2, we unverändert, 54 bis 57—68 1/2, hochfein über 7 bezahlt. — Thymothee matter, für 50 Kilogr. 28 31,50 bis 35 1/2.

Berlin, 4. Mai. Weizen loco für 1000 Kilo 177—204 1/2 nach Dual gefordert. für Mai 192,193,00—190,50 1/2 bez., für Mai-Juni 190,50—19 bis 189,50 1/2 bez., für Juni-Juli 190,00—19 bis 189,00 1/2 bez., für Juli-August 191,00—19 bis 190,00 1/2 bez., für September-October 195,0196,00—194,00 1/2 bez., — Roggen loco für 1000 Kilo 156—169 1/2 nach Dual gefordert, für Mai 156,157,50—155,50 1/2 bez., für Mai-Juni 157,50—152,00 1/2 bez., für Juni-Juli 151,00—151,50—149,5 bez., für Juli-August 150,50—151,00—149,50 1/2 bez., Septbr.-Dezbr. 152,00—152,50—151,00 1/2 bz., — loco für 1000 Kilogr 129—179 1/2 nach Dual gefordert. — Hafer loco für 1000 Kilogr. 158—190 1/2 Dual gefordert. — Erbsen loco für 1000 Kilogr. Hochwaare 183—236 1/2 nach Dual, Futterwaare bis 172 1/2 nach Dual. Weizenmehl für 100 Kilo brutto unverf. incl. Sack No. 0 25,50—24,50 Kilo. 0 und 1 24,00—23,00 1/2, Roggenmehl für 100 Kilogr. brutto unverf. incl. Sack No. 0 22,75—21,75 No. 0 und 1 20,75—19,75 1/2, für Mai 20,80—20,85—2 1/2 bez., für Mai-Juni 20,80—20,85—20,80 1/2 bez., für Juni-Juli 21 1/2 bez., für Juli-August 21,35 bz., für September-October 21,35 1/2 bez., — Weizen für 100 Kilogr. ohne Faß 54 1/2 Br., für 54,6—54 1/2 bez., für Mai-Juni 54,6—54 1/2 bez., September-October 53,7—58,5 1/2 bez., für Octo November 59 1/2 Br., für November-Dezbr. 59,5 1/2 Br., — Petroleum raff. für 100 Kilogr. Haß loco 27 1/2 bez., für Mai 25,2 1/2 bez., September-Dezbr. 26 1/2 bez., — Spiritus für 100 Liter à 100% = 10.000% loco ohne Faß 53,2 1/2 bez., mit Faß für Mai 53 1/2—54 1/2 bez., für Juni 53,4—54 1/2 bez., für Juli-August 55,8—56,2 1/2 bez., für August-Septbr. 57—58,8—57,2 1/2 bez.

Viehmarkt.

Berlin, 3. Mai. (F. Sponholz.) heutigen Markte waren zum Verkauf aufgetrieben 3528 Rinder, 6586 Schweine, 1696 Kälber, 13 Hammel. In Rindvieh, wie auch in allen and Viehgattungen, war der Handel heute sehr flau, hauptsächlich wegen der übermäßig starken Zufuhr. Rindern blieben gegen 500 Stück unverkauft. Waare wurde zu 57—60 1/2 verkauft, Mittelw 48—51 1/2, geringe 33 1/2. — Schweine waren ebenfalls recht flau und erzielte beste Waare in glück Fällen höchstens 55 1/2. Man verkaufte a. B. gute Waare bis zu 49,50 1/2 den Centner Leberwicht mit 20% Tara. — Kälber gollten in Waare vereinigt 60 1/2, Mittelorten 48 1/2, ge 36 1/2 der Centner Fleischgewicht. — Von Hammelblieben einige Tausend unverkauft und stellten Preise zu 1,50—2 1/2 pro Stück niedriger als vomontag.

Berliner Fondsbörse vom 4. Mai 1875.

Auch die heutige Börse stand unter einem ver-
stärkenden Einflusse, der ebenso wie gestern von dem
Eisenbahnactien-Markte abgeleitet werden muß. Die
Speculationspapiere setzten ungefähr mit gestrigen
Schlußkursen ein und änderten die Notirungen kaum.
Die internationalen Speculationswerthe behaupteten

sich in ihrem gestrigen Coursniveau weniger gut. Auch
in den auswärtigen Staatsanleihen blieb der Verkehr
sehr gering, doch war die Stimmung für diese Werthe
recht fest, besonders zeichneten sich Italiener und
Amerikaner in dieser Hinsicht aus. Oesterreichische
Renten und Loospapiere fanden wenig Beachtung.

+ Sinsen vom Staate garantirt.

Russische Werthe fest, aber still, nur Centralboden-
Creditpandbriefe gingen reger um und ebenso waren
auch Bahnen gut zu lassen. Preussische und andere
deutsche Staatspapiere unbelebt. Das Prioritäten-
geschäft gestaltete sich für preussische Devisen f. Aus-
ländische Prioritäten ruhiger. Auf dem Eisenbahn-

actien-Markte herrschte eine gedrückte Stimmung,
die sich namentlich auf die schweren Devisen erstreckte,
diese gaben fast sämmtlich im Course nach. Bau-
actien waren still und nicht durchweg fest. Industrie-
papiere ohne regeren Verkehr. Bergwerke sehr still.
Wechsel still, unverändert.

Deutsche Fonds.

Consolidirte Anl.

105.60

Pr. Staats-Anl.

98.60

Staats-Schuld.

90.80

Pr. Präm.-A. 1855

136.90

Ökpreuß. Pf.

96

do. do.

102.20

do. do.

86.80

do. do.

95.80

do. do.

102.50

Wojensche neue do.

94.40

Westpreuß. Pf.

85.40

do. do.

95.10

do. do.

101.80

do. do.

107

do. do.

94.40

do. do.

101.80

Womm. Rentenbr.

97.25

Wojensche do.

96.80

Preussische do.

97

Wob. Präm.-Anl.

118.75

Woyer. Präm.-A.

118.40

Wraunsch. Pr.-A.

74.25

Wrl.-Wob. Pr.-A.

108.25

Wmbg. Wörl. Roose

175

Wlbecker Pr.-Anl.

174.50

Wdenburg. Roose

132

Wuff. Central. do.

90

Wuff. Pol. Schatzobl.

88.60

Wol. Certific. Lit. A.

—

Wol. Part.-Oblig.

84

Wol. Pf. d. Em. d. W.

81.20

Wol. do. do. do.

70.25

Wol. Signdat.-Pr.

98.40

Wmerik. Anl. p. 1882

98.90

W. d. 4. Serie

102.40

Wol. Anl. g. 1885

99.40

Wol. 5% Anl.

104.10

Wol. do. p. 1881

102.80

Wnewyork. Stadt-A.

101.60

W. Gold-A.

71.30

W. Italienische Rente

528

W. Tabak-A.

100.10

W. Tabak-Dbl.

—

W. Frankische Rente

84.50

W. Raab-Gray.-Pr. A.

105.93

W. Rumänische Anleihe

43.40

W. Kurl. Anl. v. 1865

56

W. Kurl. 6% Anleihe

102

W. Kurl. Eisenb.-Roose

—

W. Eisenb.-Stamm-u. Stamm-

—

W. Prioritäts-Actien.

—

W. Wagen-Mastricht

29.50

W. Bergisch-Märk.

87

W. Stiegl. 6. Anl.

111.80

W. Stiegl. 5. Anl.

87

W. Berlin-Anhalt

49

W. Berlin-Dresden.

54.40

W. Berlin-Oberh.

91.75

W. Berlin-Hamburg

184.10

W. Berlin-Nordbahn

6

W. Berlin-Psb.-Magd.

68.80

W. Berlin-Stettin

185

W. Bresl. Schw.-Fdg.

82

W. Adln-Minden

109.75

W. do. Lit B.

106

W. Grf.-Pr.-Kempen

1.25

W. do. St.-Pr.

2.50

W. Halle-Soran-Gub.

18.25

W. do. St.-Pr.

29.25

W. Hannover-Altenbek

19.80

W. do. St.-Pr.

33

W. Märkisch-Posen

24.10

W. do. St.-Pr.

55.80

W. Magdeb.-Halberk.

75.25

W. do. St.-Pr.

66.70

W. do. C.

95.80

W. Magdeb.-Leipzig

217.75

W. do. Lit. B.

92.20

W. Münst.-Emsch. St.-P.

25.50

W. Nordhausen-Grfurt

41.50

W. do. St.-Pr.

—

W. Oberh. A. u. C.

140.50

W. do. Lit. B.

129.90

W. Ökpreuß. Silbbahn

44

W. do. St.-Pr.

80

W. Womm. Centralbhn.

2.25

W. Rechte Oderuferb.

113.40

W. do. St.-Pr.

113.90

W. Rheinische

114.25

W. Rhein-Mosel

19.80

W. Stargard-Posen

101

W. Thüringer

117

W. Zittau-Neuburg

32.50

W. Weimar-Cera gar.

64

W. do. St.-Pr.

45.50

W. Bresl. Grajewo

43.75

W. Bresl.-Kiew

61.40

W. do. St.-Pr.

105.75

W. Gotthardbahn

26

W. do. Kronpr. Rud.-B.

64

W. Litthig-Pimburg

13

W. Defter.-Franz. St.

544

W. do. Nordwestb.

279

W. do. B. junge

123

W. do. Reichsb.-Pardb.

66.40

W. Rumänische Bahn

35

W. do. St.-Pr.

86.60

W. do. St.-Pr.

110.50

W. do. St.-Pr.

255

W. Schweiz. Unionb.

8.50

W. do. Westb.

15.30

W. Warschau-Wien

253.50

W. Ansländische Prioritäts-

—

W. Obligationen.

—

W. Gotthard-Bahn

5

W. do. St.-Pr.

100.40

W. do. St.-Pr.

76.50

W. do. St.-Pr.

82.75

W. do. St.-Pr.

22.50

W. do. St.-Pr.

237

W. do. St.-Pr.

88.40

W. do. St.-Pr.

89

W. do. do. B. Elbthal

71.30

W. do. do. B. Elbthal

65

W. do. do. B. Elbthal

62.40

W. do. do. B. Elbthal

89.75

W. do. do. B. Elbthal

100

W. do. do. B. Elbthal

100

W. do. do. B. Elbthal

100.40

W. do. do. B. Elbthal

102

W. do. do. B. Elbthal

100.10

W. do. do. B. Elbthal

92.50

W. do. do. B. Elbthal

100.40

W. do. do. B. Elbthal

99.75

W. do. do. B. Elbthal

—

W. do. do. B. Elbthal

—

W. do. do. B. Elbthal

—

W. do. do. B. Elbthal

—

W. do. do. B. Elbthal

—

W. do. do. B. Elbthal

—

W. do. do. B. Elbthal

—

W. do. do. B. Elbthal

—

W. do. do. B. Elbthal

—

W. do. do. B. Elbthal

—

W. do. do. B. Elbthal

—

W. do. do. B. Elbthal

—

W. do. do. B. Elbthal

—

W. do. do. B. Elbthal

—

W. do. do. B. Elbthal

—

W. do. do. B. Elbthal

—

W. do. do. B. Elbthal

—

W. do. do. B. Elbthal

—

W. do. do. B. Elbthal

—

W. do. do. B. Elbthal

—

W. do. do. B. Elbthal

—

W. do. do. B. Elbthal

—

W. do. do. B. Elbthal

—

W. do. do. B. Elbthal

—

W. do. do. B. Elbthal

—

W. do. do. B. Elbthal

—

W. do. do. B. Elbthal

—

W. do. do. B. Elbthal

—

W. do. do. B. Elbthal

—

W. do. do. B. Elbthal

—

W. do. do. B. Elbthal

—

W. do. do. B. Elbthal

—

W. do. do. B. Elbthal

—

W. do. do. B. Elbthal

—

W. do. do. B. Elbthal

—

W. do. do. B. Elbthal

—

W. do. do. B. Elbthal

—

W. do. do. B. Elbthal

—

W. do. do. B. Elbthal

—

W. do. do. B. Elbthal

—

W. do. do. B. Elbthal

—

W. do. do. B. Elbthal

—

W. do. do. B. Elbthal

—

W. do. do. B. Elbthal

—

W. do. do. B. Elbthal

—

W. do. do. B. Elbthal

—

W. do. do. B. Elbthal

—

W. do. do. B. Elbthal

—

W. do. do. B. Elbthal

—

W. do. do. B. Elbthal

—

W. do. do. B. Elbthal

—

W. do. do. B. Elbthal

—

W. do. do. B. Elbthal

—

W. do. do. B. Elbthal

—

W. do. do. B. Elbthal

—

W. do. do. B. Elbthal

—

W. do. do. B. Elbthal

—

W. do. do. B. Elbthal

—

W. do. do. B. Elbthal

—

W. do. do. B. Elbthal

—

W. do. do. B. Elbthal

—

W. do. do. B. Elbthal

—

W. do. do. B. Elbthal

—

W. do. do. B. Elbthal

—

W. do. do. B. Elbthal

—

W. do. do. B. Elbthal

—

W. do. do. B. Elbthal

—

W. do. do. B. Elbthal

—

W. do. do. B. Elbthal

—

W. do. do. B. Elbthal

—

W. do. do. B. Elbthal

—

W. do. do. B. Elbthal

—

W. do. do. B. Elbthal

—

W. do. do. B. Elbthal

—

W. do. do. B. Elbthal

—

W. do. do. B. Elbthal

—

W. do. do. B. Elbthal

—

W. do. do. B. Elbthal

—

W. do. do. B. Elbthal

—

W. do. do. B. Elbthal

—

W. do. do. B. Elbthal

—

W. do. do. B. Elbthal

—

W. do. do. B. Elbthal

—

W. do. do. B. Elbthal

—

W. do. do. B. Elbthal

—

W. do. do. B. Elbthal

—

W. do. do. B. Elbthal

—

W. do. do. B. Elbthal

—

W. do. do. B. Elbthal

—

W. do. do. B. Elbthal

—

W. do. do. B. Elbthal

—

W. do. do. B. Elbthal

—

W. do. do. B. Elbthal

—

W. do. do. B. Elbthal

—

W. do. do. B. Elbthal

—

W. do. do. B. Elbthal

—

W. do. do. B. Elbthal

—

W. do. do. B. Elbthal

—

W. do. do. B. Elbthal

—

W. do. do. B. Elbthal

—

W. do. do. B. Elbthal

—

W. do. do. B. Elbthal

—

W. do. do. B. Elbthal

—

W. do. do. B. Elbthal

—

W. do. do. B. Elbthal

—

W. do. do. B. Elbthal

—

W. do. do. B. Elbthal

—

W. do. do. B. Elbthal

—

W. do. do. B. Elbthal

—

W. do. do. B. Elbthal

—

W. do. do. B. Elbthal

—

W. do. do. B. Elbthal

—

W. do. do. B. Elbthal

—

W. do. do. B. Elbthal

—

<